

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Inge Donnepp, Justizminister von Nordrhein-Westfalen, zieht eine rechtspolitische Bilanz ein Jahr nach der Wende. Seite 1

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), würdigt den scheidenden IG Metall-Führer Eugen Loderer. Seite 3

Klaus Kirschner MdB und Horst Peter MdB fordern die Bundesregierung auf, die Ängste der Bürger vor der Raketenstationierung ernst zu nehmen. Seite 5

Peter Paterna MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für das Post- und Fernmeldewesen, wirft dem Postminister Verschleuderung von Milliarden zulasten der Postkunden vor. Seite 6

Manfred Dammeyer MdL, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungswesen, nennt Möglichkeiten der Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit. Seite 7

36. Jahrgang / 198

14. Oktober 1983

Zurück in die fünfziger Jahre

Ein Jahr nach der Wende - eine rechtspolitische Bilanz

Von Inge Donnepp  
Justizminister von Nordrhein-Westfalen

Ein Jahr nach der von führenden Koalitionspolitikern angekündigten Wende ist es an der Zeit, eine rechtspolitische Bilanz zu ziehen:

Das rechtspolitische Angebot der konservativ-liberalen Koalition vor einem Jahr war mehr als mager. In der ansonsten recht umfangreichen Koalitionsvereinbarung kam die Rechtspolitik praktisch - außer in Form einer vagen Prüfungszusage bezüglich des Kontaktsperregesetzes und des Verbotes der Mehrfachverteidigung - nicht vor; sie war - trotz der Vielzahl von drängenden Fragen der Rechtspolitik - zum Anhängsel der Innenpolitik verkümmert.

Das "Einjährige" führt zwangsläufig zu der Frage, wie es um die Rechtspolitik steht, ob die Befürchtung, sie würde zum "Abfallprodukt Zimmermann'scher Innenpolitik", sich bewahrheitet hat, oder ob es der FDP gelungen ist, in der Rechtspolitik ihre liberalen Positionen zu verteidigen.

Seit dem 1. Januar 1983 gelten im Mietrecht erheblich veränderte Bestimmungen, die vor allem im freifinanzierten Wohnungsbau das Mieterhöhungsverfahren lockern. Der Abbau des sozialen Mieterschutzes hat keineswegs - wie von der Koalition erhofft - zu einer verstärkten Investitionstätigkeit im Wohnungsbau geführt, dafür aber die Mieten steigen lassen. Die soziale Folge dieser rechtspolitischen Maßnahme zeigt sich in der gestiegenen Zahl der Räumungsklagen wegen säumiger Mietzahlungen.

Nach den Plänen der konservativ-liberalen Bundesregierung soll der Straftatbestand des Landfriedensbruchs drastisch erweitert werden. In Zukunft soll sich nicht nur der friedliche Demonstrant strafbar machen, wenn er sich nicht entfernt, nachdem ein Träger von Hoheitsbefugnissen die Menge zum Auseinandergehen aufgefordert hat, sondern es soll - in Umkehrung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes "im Zweifel für

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
www.sdp.de



den Angeklagten" - auch derjenige bestraft werden, dessen mäßigende Einwirkung auf gewalttätige Demonstranten nicht positiv bewiesen wird. Der Deutsche Richterbund, auf den sich die Bundesregierung zur Rechtfertigung ihrer Vorstellungen berufen hat, stimmt den vorgesehenen Änderungen beim Landfriedensbruch ebenfalls nicht zu. Bei der Juristenausbildung soll offensichtlich alles beim Alten bleiben. Die Vorstellungen der Praxis und aller Verbände werden nicht berücksichtigt. Dabei hatte der Bundesjustizminister noch auf der diesjährigen Justizministerkonferenz Vorstellungen entwickelt, die den veränderten Anforderungen einer modernen Juristenausbildung durchaus nahe kamen und auch von Nordrhein-Westfalen weitgehend hätten mitgetragen werden können. Der jetzige Entwurf des Bundesjustizministers dagegen fällt so weit hinter die Vorschläge von den an der Juristenausbildung Beteiligten zurück, daß der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Anwaltvereins öffentlich von einer Rückkehr zu einer Ausbildung à la Bismarck spricht und sich die Stimmen mehren, die da fordern: Lieber gar keine Reform als diese. "Feigenblatt-Reform" ist daher die zutreffende Bezeichnung des Vorsitzenden der Ausbildungskommission des Deutschen Richterbundes.

Kriminalpolitische Konzepte, insbesondere zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität mit ihren Milliarden Schäden für die Gemeinschaft, sind von der Koalition nicht vorgelegt worden. Im Gegenteil, die Union ist nicht einmal bereit, Vorschläge, die die betrügerische Ausnutzung kartellrechtlich verbotener Preisabsprachen, insbesondere im Baugewerbe bei der Ausschreibung von öffentlichen und privaten Baumaßnahmen, bekämpfen, zu unterstützen. Sowohl die nordrhein-westfälische als auch die hessische Initiative zur Strafbarkeit des Ausschreibungsbetruges haben die CDU-regierten Länder im Bundesrat ebenso abgelehnt, wie den Gesetzesantrag zur Bekämpfung der illegalen Arbeitnehmerüberlassung. Schwer verständlich auch, daß die Bundesregierung angesichts eines Millionen-Heeres von Arbeitslosen die dringend notwendige Konkursrechtsreform vor sich herschiebt und so Tag für Tag weitere Arbeitsplätze zur Disposition stellt.

Nach einem Jahr konservativ-liberaler Rechtspolitik läßt sich feststellen, daß unter dem Strich die Bilanz negativ ist:

- auf wichtigen Gebieten wird an den wirklichen Problemen vorbei die "Wende nach rückwärts" vollzogen,
- wichtige rechtspolitische Schritte zur Lösung drängender Probleme werden unterlassen.

Auch in Zukunft ist keine Besserung zu erwarten. Die Absicht der Bundesregierung, den "fälschungssicheren Personalausweis" einzuführen. Die Entlassung des bewährten Bundesdatenschutzbeauftragten durch den Bundesinnenminister, die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Prüfung einer Strafbarkeit der Vermummung und passiven Bewaffnung bei Demonstrationen sowie des Aufrufes zur Teilnahme an verbotenen Versammlungen und Aufzügen, die Ankündigung einer Überprüfung von Paragraph 218 Strafgesetzbuch (StGB) und die Absicht, beim Scheidungsfolgerecht die Ursachen für die Zerrüttung der Ehe mitzuberücksichtigen, lassen deutlich erkennen, wohin der Zug geht: Zurück in die fünfziger Jahre.

Daß es der FDP gelingen könnte, in der Rechtspolitik die Rückwärtsentwicklung aufzuhalten, muß angesichts dieser Entwicklung sehr bezweifelt werden. Der FDP-Bundesjustizminister - im Zangengriff zwischen dem Innenminister und den CDU-regierten Bundesländern - gibt dem Druck nach und läßt sich rückständige Unionspläne aufzwingen.

Die bereits nach einem Jahr konservativ-liberaler Rechtspolitik deutliche Tendenz fordert von den Sozialdemokraten ein verstärktes Engagement. Wir Sozialdemokraten werden unsere auf die Stärkung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates zielende Politik fortsetzen und die Koalition zwingen, sich mit den jeden Bürger betreffenden rechtspolitischen Problemen auseinanderzusetzen.

(-/14.10.1983/ks/hgs)

+ . + . +



Eugen Loderer - Sozialdemokrat und Gewerkschafter  
-----

Gerechtigkeitssinn bestimmte das Handeln des Gewerkschaftsführers

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Die Metallarbeiter-Gewerkschaften waren stets Kraftquell und Wegweiser der Arbeiterbewegung in Deutschland. Das hat sicher seinen Grund in deren Größe und Stärke und der daraus erwachsenden Kraft im wirtschafts- und sozialpolitischen Ringen. Gleichzeitig aber geht ihr sozialer Charakter auch auf die unverwechselbaren Konturen zurück, die die Führer der Metallarbeiter ihrem Amt gegeben haben. Zwei von ihnen waren meiner Generation eng verbunden: Otto Brenner und Eugen Loderer.

Unvergessen bleibt der erste Arbeitskampf, den Otto Brenner in Hannover kurze Zeit nach Kriegsende, noch während der Besatzungszeit, um Rechte und Selbstbehauptung der Arbeitnehmerschaft geführt hat. Für die heutige Zeit wird bestimmend bleiben, wie unter Eugen Loderer die IG Metall die Frage nach Arbeitszeit und humanen Arbeitsbedingungen angesichts neuer Technologien und dramatischer Strukturveränderungen in den gesellschaftlichen und tarifpolitischen Mittelpunkt gerückt hat. Dem Wort von der qualitativen Tarifpolitik wurde Inhalt gegeben.

In den elf Amtsjahren Eugen Loderers an der Spitze der größten Einzelgewerkschaft der westlichen Welt ging es nicht allein um die Verbesserung von Einkommen und sozialen Rechten. Vor allem in der letzten Phase seines gewerkschaftlichen Wirkens spitzte sich der Kampf um die Erhaltung dessen zu, was die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren erarbeitet und erkämpft hatten: Um die Wege zur sozialen Demokratie und zum Sozialstaat und die Voraussetzungen für ein Gleichgewicht von wirtschaftlicher Dynamik, sozialer Gerechtigkeit und Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Die Auseinandersetzungen darüber sind schwerer und härter geworden. Die Ausnutzung der ökonomischen Krise durch einen konservativen Koalitionsblock, der sich einer "Wende" des Sozialsystems verschrieben hat, sowie der gleichzeitige Druck der Arbeitgeber in den Betrieben, forderten die Gewerkschaften und die Kampfbereitschaft Eugen Loderers heraus.

In vielen Kommentaren dieser Tage hieß es, der scheidende IG Metall-Vorsitzende gehöre zu den "gemäßigten" Arbeiterführern. Diese Bezeichnung ist oberflächlich. Sie entspringt eher kurzatmiger feuilletonistischer Beschreibung, als daß sie den tatsächlichen gewerkschaftlichen und persönlichen Charakter Eugen Loderers ausdrücken würde. Sicher galt ihm konkretes Ringen um reale Verbesserung mehr als Wortgeklingel, war für ihn sichtbarer Fortschritt für die Arbeitnehmerschaft mehr als Agitation. Aber ebenso trieb ihn sein Empfinden für Gerechtigkeit zur Härte und zur sozialen Auseinandersetzung, wenn es die Lage erforderte. Wenn Eugen Loderer die Selbstbehauptung und die Achtung der Arbeitnehmer, ihre materielle und soziale Sicherung gefährdet sah, bestimmte dieser Gerechtigkeitssinn sein Handeln.



Hinter Otto Brenners und Eugen Loderers Härte standen gleichermaßen persönliche Überzeugungen wie die Macht der Organisation. Sie gehörten zu jenen großen Gewerkschaftsführern, deren Bewußtsein für die soziale Pflicht gegenüber den Arbeitnehmern sich mit dem demokratischen Staat und seiner gesellschaftspolitischen Fundierung verband.

Eugen Loderer ist Sozialdemokrat. Das bestimmte sein Leben und sein politisches Auftreten in doppelter Hinsicht. In seiner Arbeit als Gewerkschaftsführer lebten die Traditionen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung weiter. Eugen Loderer war dabei gleichzeitig eine Stütze der Einheitsgewerkschaft. In ihr sah er den Ausdruck sozialer Stärke der Arbeitnehmer und einen Grundpfeiler der zweiten deutschen Republik. Gleichwohl wußte er - und ließ es nie außer acht -, daß auch eine Einheitsgewerkschaft aus Gesinnungen und eindeutigen Überzeugungen lebt. Das war bei ihm der Kompaß - als Sozialdemokrat und Gewerkschafter.

In der SPD machte Eugen Loderer auf kantige Weise deutlich, daß diese Partei nur durch feste Verwurzelung in der Arbeitnehmerschaft überzeugend die Zukunft gewinnen kann. Einfluß und Verwurzelung erscheinen wie Eckpfeiler seines Lebens: Einfluß im Sinne von Mitbestimmung, Durchsetzungsfähigkeit und Anerkennung der Arbeitnehmer im Staat. Und Verwurzelung aus der Überzeugung, daß ein Staat der sozialen Demokratie nur aus seiner Verankerung in der Arbeitnehmerschaft erwächst. Die Frage, wie sich Gesellschaft und demokratischer Staat weiterentwickeln werden, ist jenseits dieser großen Lebenserfahrungen und Überzeugungen, die Eugen Loderer wie die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung geprägt haben, nicht zu beantworten. Otto Brenner und Eugen Loderer waren für uns Weggefährten - bleiben für uns unvergeßliche Kollegen und Genossen. Sie waren entschieden, nicht nur in der Vertretung der Interessen, Empfindungen und Hoffnungen der arbeitenden Menschen. Sie waren auch verläßlich. Denn in der Arbeitnehmerschaft lernt man, daß Solidarität ohne Verläßlichkeit nicht leben kann.

Vor den Nachfolgern von Eugen Loderer steht eine schwere Zeit mit harten politischen und sozialen Bedingungen, mit wachsendem Druck von oben - in der Politik wie in den Betrieben. Stützen können sie sich auf ihre Gewerkschaft, auf die arbeitenden Menschen und auf die Kraft, die von ihren Gewerkschaftsführern ausgegangen ist.

(-/14.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Die Ängste der Bürger ernst nehmen  
-----

Zur Anhörung von Vertretern der Massenpetitionen gegen die Raketenstationierung

Von Klaus Kirschner MdB und Horst Peter MdB

Die SPD-Fraktion wird die Argumente der mehr als 20.000 Petenten gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik sehr ernst nehmen und in ihre Beratungen aufnehmen. Die Petenten bringen dadurch, daß sie sich an den Bundestag wenden, zum Ausdruck, daß sie sich in einer existenziellen Frage in die politischen Entscheidungen einmischen. Das ist in einer lebendigen Demokratie zu begrüßen. Im Gegensatz dazu steht das Verhalten der Bundesregierung, die in der Fragestunde des Bundestages noch nicht mal die Zahl der an sie gerichteten Eingaben kannte und keine Bereitschaft zeigte, auf die vorgebrachten Argumente einzugehen. In diesem Zusammenhang ist es ein Skandal, daß der Berliner Justizsenator Oxfort gegen einen Unterzeichner der Petition "Richter und Staatsanwälte für den Frieden" wegen der Unterschrift unter die Petition ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat. Hier wird offensichtlich das Petitionsrecht als Grundrecht aller Bewohner der Bundesrepublik bewußt eingeschränkt, um von aktiver Teilnahme an der Friedensbewegung abzuschrecken.

Die Petenten von der Petition "Richter und Staatsanwälte für den Frieden" haben deutlich gemacht, daß ihrer Meinung nach ohne Gesetz eine Zustimmung zur Stationierung durch die Bundesregierung nicht möglich sei. Außerdem sehen sie materielle verfassungsrechtliche Bedenken bei der Stationierung neuer Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik. Das Komitee für Grundrechte erläuterte seine Forderung nach einer konsultativen Volksbefragung als Erweiterung der demokratischen Willensbildung für das Parlament in existenziellen Fragen.

Die Elterninitiative aus Tübingen begründete ihren Einsatz für Abrüstung aus der besonderen Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder. Die Friedensgruppe Kassel-Wehlheiden sieht in der Arbeit im Stadtteil die Möglichkeit, allen Bürgern im Stadtteil die Chance zur aktiven Teilnahme an der Friedensbewegung zu geben.

Alle Petenten forderten die Mitglieder des Bundestages auf, in dieser existenziellen Frage nach ihrem Gewissen und nicht nach Fraktionszugehörigkeit zu entscheiden. Die Arbeitsgruppe Petitionen wird die Petitionen in den Gremien der SPD-Fraktion zur Diskussion stellen und im Petitionsausschuß eine Petentenanhörung zur Frage der konsultativen Volksbefragung beantragen. Insgesamt war die Anhörung ein fruchtbarer Gesprächsansatz mit wichtigen Teilen der Friedensbewegung. (-/14.10.1983/ks/hgs)

+ . + +



Der Postminister verschleudert Milliarden  
-----

Schwarz-Schilling reitet sein Steckenpferd auf Kosten der Postkunden

Von Peter Paterna MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für das Post- und Fernmeldewesen

Nicht jeder erwachsene Bürger zahlt Steuern. Aber jeder ist Postkunde, und Defizite, die der Postminister produziert, müssen von den Postkunden bezahlt werden - mit dem Briefporto, den Paket- und Telefongebühren zum Beispiel.

Nun gibt es Defizite, die die Post aufgrund ihrer gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung mit gutem Gewissen verantworten kann, zum Beispiel bei der Postversorgung auf dem Lande, zum Beispiel insgesamt bei der sehr personalintensiven "gelben Post".

Andere Defizite, die die Post aus unternehmensfremden medienpolitischen Gründen produziert, sind dagegen nicht zu verantworten: Schwarz-Schilling wird nicht müde, sich selbst dafür zu loben, daß er eine Milliarde DM pro Jahr für Breitband-Verteilverkabelung ausgeben will. Er tut dies, weil er medienpolitischer Sprecher der CDU war. Als Postminister kann er sich leider nicht daran gewöhnen, daß Rundfunk Ländersache ist. Wenn er schon Geld der Postkunden für die massenweise Verbreitung neuer Programme ausgeben will, so wäre er gesetzlich jedenfalls verpflichtet, kostendeckend zu arbeiten. Wie das in Wirklichkeit aussieht, dafür ein Rechenbeispiel aus der Praxis:

Die Post will die Stadt Delmenhorst (75.000 Einwohner) flächendeckend verkabeln. Investitionskosten nach Angaben der Post: 31,2 Millionen DM.

Nehmen wir an, daß sich 60 Prozent der 25.000 Haushalte anschließen lassen (diese Annahme ist fast utopisch positiv, weil die Anschlußdichte derzeit in solchen Kabelnetzen unter 30 Prozent liegt), und nehmen wir weiter an, daß alle 15.000 Haushalte die vollen Anschlußgebühren von DM 500 zahlen (bisher gelten noch ermäßigte Gebühren), so nimmt die Post 7,5 Millionen DM ein.

Bleiben an Defizit: 23,7 Millionen DM.

Nach geltenden Gebühren nimmt die Post pro Monat und Haushalt sechs DM (bei zusätzlich herangeführten Programmen neun DM) ein:  $15.000 \times 6 \text{ (9)} \times 12 = 1,08 \text{ (1,62)}$  Millionen DM. Davon kann der Postminister selbst bei günstigen Bedingungen nicht einmal die Zinsen für die bei der Investition gemachten Defizite zahlen. Von Tilgung und irgendwann Kostendeckung keine Spur. Wartungs- und Reparaturkosten sind gar nicht gerechnet. Ebenso wenig die Tatsache, daß der Postminister noch zehn Prozent des Umsatzes an den Finanzminister abliefern muß, das sind von der einen Milliarde Verkabelungskosten pro Jahr allein weitere 100 Millionen DM.

Selbst unter günstigsten Annahmen "produziert" der Postminister also pro Milliarde DM mindestens 750 Millionen DM oder pro Tag zwei Millionen DM Verlust, die der Postkunde bezahlen muß. Der Postkunde - das ist vor allem der sogenannte "kleine Mann", von dem durch diese Regierung sonst mit nicht enden wollenden Sparappellen Mark für Mark abgezockt wird. Der Postkunde - das ist auch die Wirtschaft, die von dieser Regierung sonst ständig "entlastet" werden soll.

Mal sehen, wann es den Bürgern und vielleicht sogar der Regierungskoalition auffällt, welche Widersprüche sich dieser Postminister auf unsere Kosten "leistet".

(-/14.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Nebentätigkeit und Wochenarbeitszeit sind keine Tabus  
-----

Für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit

Von Dr. Manfred Dammeyer MdL

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungswesen

Die Zahl der ausgebildeten Lehrer, die keinen Platz im Schuldienst finden, wächst weiter. Obwohl die Zahl der Studenten in den Lehramtsstudiengängen drastisch zurückgeht - in Nordrhein-Westfalen nahm die Zahl der Lehramtsstudenten im Wintersemester 1982/83 um 31,1 Prozent gegenüber dem Sommersemester 1982 ab - werden unter den gegenwärtigen Bedingungen nur wenige von ihnen einen Arbeitsplatz in der Schule finden. Sinkende Schülerzahlen - in Nordrhein-Westfalen wird die Zahl der Schüler bis 1990 von 3,2 Millionen auf 2,4 Millionen und damit um 800.000 zurückgehen - und der Zwang zu Einsparungen insbesondere im konsumtiven Bereich - der Personalkostenanteil an den Landesausgaben liegt in den Bundesländern durchschnittlich über 50 Prozent - führen zu einem Abbau und nicht zu einer Erweiterung der Zahl der Lehrerstellen. Mittlerweile hat sich die Zahl der nicht in den Schuldienst aufgenommenen Bewerber im Bundesgebiet auf fast 30.000 ausgebildete Lehrer erhöht.

In dieser Situation kommt es darauf an, die knapper werdende Arbeit auf mehr Bewerber zu verteilen, ohne daß dadurch zusätzliche Kosten entstehen. Die Untersagung der Nebentätigkeit von Lehrern bei den Weiterbildungseinrichtungen ist eine Möglichkeit. Allerdings sind dieser Maßnahme enge Grenzen gesetzt. Ganz abgesehen davon, daß die stundenweise Tätigkeit von Lehrern an Volkshochschulen aus fachlichen Gründen nicht selten unverzichtbar ist, reicht der Umfang der fachgebundenen Nebentätigkeit in vielen Fällen nicht aus, um einen arbeitslosen Lehrer auch nur mit halber Arbeitskraft zu beschäftigen.

Ein beachtenswerter Beitrag zu einer Umverteilung von Arbeit ist allenfalls bei einer Verrechnung des Unterrichts an den Weiterbildungseinrichtungen mit dem Unterricht in der Schule zu erwarten. Damit ist die Anrechnung des Unterrichts an der Volkshochschule auf die Pflichtstunden des Lehrers in der Schule gemeint. Die Lehrer würden dann anders als bisher ihre Unterrichtsverpflichtung nicht nur in der Schule sondern stundenweise auch an der Volkshochschule erfüllen. Der dadurch in der Schule entstehende Lehrermehrbedarf wäre durch neu einzustellende Lehrer abzudecken. Die dem Land entstehenden Personalkosten sind in dem gleichen Umfang von den Volkshochschulen zu übernehmen. Wie von ihnen Dozentenonorare gezahlt werden. Dies Verfahren ist grundsätzlich möglich. Es setzt lediglich eine entsprechende Vereinbarung mit den Weiterbildungseinrichtungen voraus.

Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß arbeitslose Lehrer eine wesentliche Verbesserung ihrer Situation nur von beschäftigungswirksamen Entscheidungen im Bereich des Besoldungs- und Beamtenrechts erwarten können. Für das Land Nordrhein-Westfalen hat Kultusminister Jürgen Girgensohn schon frühzeitig der Kultusministerkonferenz einen Katalog von arbeitsplatz-relevanten Maßnahmen vorgelegt. Allein die Realisierung seines Vorschlages, die Wochenarbeitszeit der Lehrer ohne vollen Lohnausgleich um eine Stunde zu verkürzen, würde in Nordrhein-Westfalen bis zu 6.000 Lehrern neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Schuldienst eröffnen. Im gesamten Bundesgebiet wäre es möglich, 18.000 bis 22.000 neue Stellen für Lehrer im Schuldienst einzurichten, ohne daß dadurch die öffentlichen Haushalte zusätzlich belastet würden. Unabdingbare Voraussetzung ist, daß die Bundesgesetzgebung derartige Maßnahmen ermöglicht. Auch hier kann die Bundesregierung beweisen, wie ernst es ihr mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.

(-/14.10.1983/ks/hgs)

+ + +

